

# dza aktuell

# deutscher alterssurvey

Heft 01/2026

Herausgeber:

Deutsches Zentrum für Altersfragen

**Politisches Vertrauen und  
wahrgenommene soziale  
Exklusion in der zweiten  
Lebenshälfte**

Lisa Joanne Klasen, Nadiya Kelle,  
Mareike Bünning & Nadja Keller



**Politisches Vertrauen und wahrgenommene soziale Exklusion in  
der zweiten Lebenshälfte***Lisa Joanne Klasen, Nadiya Kelle, Mareike Bünning & Nadja Keller***Inhalt**

Kernaussagen .....	4
Einleitung .....	5
Forschungsfragen .....	8
Daten und Methoden .....	9
Befunde .....	10
Diskussion .....	16
Referenzen .....	21

## Kernaussagen

- **Menschen in der zweiten Lebenshälfte vertrauten 2023 in unterschiedlicher Weise den politischen Institutionen und Akteuren.** Während Justiz, Wissenschaft und Polizei ein hohes Maß an Vertrauen genossen, fiel das Vertrauen in den Bundestag, die Europäische Union und die Bundesregierung deutlich geringer aus. Das geringste Vertrauen bestand gegenüber den politischen Parteien und den Medien.
  - **Menschen im Alter ab 76 Jahren hatten ein höheres Vertrauen in politische Institutionen und Akteure.** Im Vergleich zu den anderen Altersgruppen zeigten Personen ab 76 Jahren ein größeres Vertrauen in den Bundestag, die Europäische Union, die Bundesregierung und die politischen Parteien. Zwischen den übrigen Altersgruppen ließen sich kaum Unterschiede erkennen.
  - **Männer und Frauen unterschieden sich nicht im politischen Vertrauen.** Das Vertrauen in alle untersuchten politischen Institutionen und Akteure fiel bei Männern und Frauen ähnlich aus.
  - **Menschen mit höherem Einkommen zeigten ein stärkeres Vertrauen in politische Institutionen und Akteure.** Besonders ausgeprägt waren die Unterschiede beim Vertrauen in die Justiz, die Bundesregierung, den Bundestag und die Wissenschaft.
- In Ostdeutschland fiel das Vertrauen in drei zentrale politische Institutionen geringer aus als in Westdeutschland.** Dies traf auf das Vertrauen in die Justiz, die Bundesregierung und den Bundestag zu. Hinsichtlich der anderen untersuchten Institutionen und Akteure zeigten sich keine Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen.
- **Menschen, die sich gesellschaftlich ausgeschlossen fühlten, vertrauten politischen Institutionen und Akteuren deutlich seltener.** Die Unterschiede im Vertrauen zwischen Menschen, die sich ausgeschlossen fühlten und die es nicht taten, variierten je nach politischer Institution oder Gruppe zwischen rund 12 Prozentpunkten (politische Parteien) und 28 Prozentpunkten (Wissenschaft) und waren damit deutlich stärker ausgeprägt als Unterschiede zwischen soziodemografischen Gruppen.

## Einleitung

Das Leben der Menschen in Deutschland ist in den letzten Jahren zunehmend von gesellschaftlichen Krisen geprägt worden. Dazu zählen die Fluchtbewegung 2014/2015, die COVID-19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Letzterer löste in Deutschland eine Energiekrise aus und trug zur Inflation sowie zur Stagflation (hohe Inflation bei stagnierendem Wirtschaftswachstum) bei (Liadze et al. 2023; Demary & Hüther 2022; Handler 2024). Solche Krisen belasten viele Lebensbereiche und erfordern zugleich, dass eine breite Mehrheit der Gesellschaft Maßnahmen mitträgt, die für viele Menschen mit Einschränkungen oder Verzicht verbunden sind, um größere Schäden für die Gesellschaft zu verhindern. Beispiele dafür sind die Maskenpflicht und Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie (Grote et al. 2021) oder Energiesparmaßnahmen im öffentlichen Raum sowie der Appell zu einem energiesparenden Verhalten im privaten Bereich im Zuge der Energiekrise (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) 2022b, 2022a). Damit Menschen solche Maßnahmen mittragen und Regeln einhalten, ist ein grundlegendes Vertrauen in politische und ausführende Institutionen notwendig (Wamsler & Zoch 2025). Dieses Vertrauen ist eine zentrale Grundlage für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften (Decker et al. 2019; Marien 2011) und erweist sich insbesondere in Krisenzeiten als unverzichtbar.

Vertrauen in politische Institutionen und Akteure, auch politisches Vertrauen genannt, basiert auf der Überzeugung, dass diese Institutionen und Akteure verantwortungsbewusst und zielorientiert, fair und im Sinne der Menschen handeln – auch ohne ständige Kontrolle (Marien 2011). Das politische Vertrauen der Menschen hängt unter anderem von ihrer Bewertung der Leistungen politischer Institutionen und Akteure sowie vom Teilen gemeinsamer Normen und Werte mit diesen ab (Gabriel &

Zmerli 2006). Dieses Vertrauen kann dann verloren gehen, wenn über längere Zeit die Erwartungen der Menschen massiv enttäuscht worden sind (Gabriel & Zmerli 2006). Dabei ist blindes Vertrauen nicht grundsätzlich positiv und Misstrauen ist nicht grundsätzlich negativ zu sehen, denn kritisches Hinterfragen politischer Institutionen ist ein wichtiger Bestandteil des demokratischen Prozesses (Faus et al. 2019). Ein gewisses Maß an Vertrauen ist jedoch unerlässlich, um die Stabilität und Funktionsfähigkeit des politischen Systems zu erhalten (Decker et al. 2019; Marien 2011).

Für diesen Beitrag betrachten wir politisches Vertrauen in einem erweiterten Sinne. Wir untersuchen sowohl das Vertrauen in klassische politische Institutionen (z. B. Bundesregierung, Bundestag), als auch in ausführende Institutionen (z. B. Polizei, Justiz), repräsentative Vertreter\*innen (z. B. Politiker\*innen, politische Parteien) sowie Medien und Wissenschaft. Gerade Medien und Wissenschaft nehmen eine zentrale Rolle bei der Produktion und Verbreitung von Informationen ein. Vertrauen in diese Akteure ist insbesondere in Krisenzeiten, wenn Informationen unter unsicheren und sich schnell verändernden Bedingungen kommuniziert werden müssen, bedeutsam.

Bisherige Forschung aus Deutschland zeigte, dass das Vertrauen in verschiedene politische Institutionen und Akteure variiert. Diese Unterschiede lassen sich vermutlich darauf zurückführen, wie stark die jeweiligen Institutionen und Gruppen in tagesaktuelle Entscheidungen eingebunden sind, ob sie als unparteiisch oder parteiisch gelten und wie neutral sie daher wahrgenommen werden (Decker et al. 2019). Das höchste Vertrauen wurde in der Vergangenheit der Wissenschaft zugesprochen (Decker et al. 2019). Auch Polizei und Justiz genossen tendenziell ein vergleichsweise hohes Maß an Vertrauen (Faus et al. 2019; Karnick et al. 2022; Decker et al. 2019; Reuband 2012). Im Mittelfeld lagen repräsentative

Institutionen wie der Bundestag und die Bundesregierung, gefolgt von Europäischen Institutionen und den Medien (Faus et al. 2019; Karnick et al. 2022; Decker et al. 2019). Politiker\*innen und politische Parteien erhielten am wenigsten Vertrauen (Faus et al. 2019; Karnick et al. 2022; Decker et al. 2019).

Zudem untersuchte die bisherige Forschung Unterschiede im politischen Vertrauen nach Alter, Geschlecht, Einkommen sowie zwischen Ost- und Westdeutschland. Diese Merkmale können den Handlungsspielraum von Menschen prägen, da sie den Zugang zu Ressourcen, sozialen Netzwerken und politischen Einflussmöglichkeiten bestimmen (Klasen et al. 2025). So verfügen beispielweise Personen mit höherem Einkommen meist über mehr Ressourcen, wie etwa Geld oder größere Netzwerke, sowie Einfluss, was ihr Vertrauen in politische Institutionen stärken kann.

Im Vergleich verschiedener Altersgruppen konnten bisher Unterschiede in der politischen Beteiligung herausgearbeitet werden. Es wurde zum Beispiel gezeigt, dass die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter steigt, auch wenn bei der Bundestagswahl 2025 die Wahlbeteiligung der über 70-Jährigen unter dem Bevölkerungsdurchschnitt lag (Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 2025). Zudem waren im Jahr 2023 Personen im Alter ab 66 Jahren dreimal so häufig wie Personen im Alter zwischen 43 und 55 Jahren Mitglied in einer Partei und gestalteten politische Prozesse auf diese Weise mit, auch wenn insgesamt nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung Parteimitglied ist (Weinhardt et al. 2025). Obwohl politisches Vertrauen und politische Beteiligung empirisch häufig nur schwach, inkonsistent oder gar nicht miteinander zusammenhängen (Gabriel 2017), verweisen solche altersbezogenen Unterschiede in der Beteiligung auf unterschiedliche Formen politischer Einbindung im Lebensverlauf.

Dementsprechend wurden auch Altersunterschiede im politischen Vertrauen betrachtet. Frühere Studien weisen darauf hin, dass das politische Vertrauen sich, je nachdem, unter welchen historischen Rahmenbedingungen man aufgewachsen ist und sozialisiert wurde, unterscheiden könnten. So deuten Längsschnittstudien aus den Niederlanden und den USA darauf hin, dass sich politisches Vertrauen in der Jugend und im jungen Erwachsenenalter ausbildet und anschließend weitgehend stabil bleibt (Ia Roi et al. 2025; Vaisey & Kiley 2021).

Jedoch lässt sich empirisch in Bezug auf Altersunterschiede im politischen Vertrauen kein klares Bild zeichnen. Tendenziell zeigten junge Erwachsene ein höheres Vertrauen in politische Institutionen und Akteure (Decker et al. 2019; Karnick et al. 2022). Menschen zwischen 50 bis 64 Jahre zeigten sich in einer Studie misstrauischer gegenüber verschiedenen politischen Institutionen und Akteuren als andere Altersgruppen (Karnick et al. 2022). An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Altersgruppen je nach Studie ab 65 oder 70 Jahren nicht weiter im Alter differenziert werden. Da die Bevölkerung insgesamt älter und Menschen in der zweiten Lebenshälfte – insbesondere über 75 Jahre – einen wachsenden Anteil an der Gesellschaft ausmachen, hat diese Altersgruppe zunehmend politischen Einfluss. Daher ist es besonders relevant zu untersuchen, wie das Vertrauen in politische Institutionen und Akteure in dieser Altersspanne ausfällt.

In Bezug auf das Geschlecht zeigten bisherigen Studien kaum oder keine Unterschiede im politischen Vertrauen (Decker et al. 2019; Faus et al. 2019; Karnick et al. 2022). Zum Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Status und politischem Vertrauen zeigen bisherige Studien hingegen ein konsistentes Muster: Menschen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen wiesen ein geringeres politisches Vertrauen auf als Personen mit hoher Bildung und höherem Einkommen (Decker et al. 2019; Faus et al.

2019; Karnick et al. 2022). Als Erklärung hierfür lässt sich die sogenannte Gewinner\*innenhypothese heranziehen. Sie geht davon aus, dass die „Gewinner\*innen“ der Gesellschaft – also Personen mit höherer Bildung, höherem Einkommen und höherer sozialer Position – ein stärkeres Maß an sozialem und politischem Vertrauen entwickeln (Decker et al. 2019; Zmerli & Newton 2011). Zmerli und Newton (2011) nennen vier Erklärungsansätze, warum ökonomisch besser gestellte Personen tendenziell mehr Vertrauen zeigen: Erstens verfügen sozial Bessergestellte über mehr Anlass zu Optimismus. Zweitens können sie Risiken des Vertrauens eher eingehen, da sie materielle oder soziale Verluste besser abfedern können. Drittens leben sie häufiger in stabilen und sicheren sozialen Umfeldern. Viertens profitieren sie stärker vom politischen System, da ihre Interessen aufgrund größerer Ressourcen und Einflussmöglichkeiten eher berücksichtigt werden.

Unterschiede im politischen Vertrauen zwischen Ost- und Westdeutschland werden in der Forschung vor allem mit zwei Faktoren in Verbindung gebracht. Zum einen wird darauf verwiesen, dass die Menschen in beiden Landesteilen in unterschiedlichen politischen Systemen sozialisiert wurden: Während die Menschen in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg in ein stabiles demokratisches System mit sozialer Marktwirtschaft sozialisiert wurden, erlebten die Menschen in Ostdeutschland zunächst ein sozialistisches System, bevor es nach der Vereinigung durch westdeutsche Institutionen abgelöst wurde. Mit dieser tiefgreifenden institutionellen Umstellung waren für viele Ostdeutsche erhebliche biografische Brüche verbunden, die häufig auch Enttäuschungen über das neue politische System mit sich brachten (Westle 2022). Zum anderen spielen bis heute bestehende wirtschaftliche und soziale Unterschiede eine Rolle: Die Wirtschaftsleistung ist im Osten geringer, die Einkommen sind niedriger, und die Transformationsprozesse nach 1990 waren

mit erheblichen sozialen Einschnitten verbunden (Westle 2022). Dieser zweite Erklärungsansatz entspricht im Kern der gleichen Logik wie die Gewinner\*innenhypothese: Wer ökonomisch schlechter gestellt ist, hat tendenziell weniger Vertrauen in politische Institutionen. Empirisch zeigen Studien, dass das politische Vertrauen und die Demokratiezufriedenheit im Osten bis heute durchgängig geringer ausfielen als im Westen (Westle 2022; Eder & Reinl 2022).

Die oben genannten Ergebnisse stammen aus der Zeit vor 2020 und somit vor der Corona-Pandemie sowie den folgenden Krisen wie dem russischen Angriffskrieg und der einhergehenden Energiekrise. Zwar gab es auch zuvor gesellschaftliche Herausforderungen, etwa die Eurokrise oder die Migrationskrise 2015, doch blieb während dieser Krisen das politische Vertrauen weitgehend stabil (Eder & Reinl 2022). Mit der Corona-Pandemie und den nachfolgenden Krisen wurden verschiedene Maßnahmen implementiert, die starke Einschnitte in den Alltag der Menschen hatten, wie beispielweise Maßnahmen zur Eindämmung des Virus oder zur Reduzierung des Energieverbrauchs (Kersten & Rixen 2022). Diese Maßnahmen stellten eine erhebliche Belastungsprobe für das politische Vertrauen dar. Diese Entwicklungen könnten das Vertrauen in politische Institutionen und Akteure nachhaltig verändert haben. Bisher liegen hierzu jedoch nur Untersuchungen zum politischen Vertrauen während der Corona-Pandemie vor. So zeigten empirische Daten des Nationalen Bildungspanels für die Corona-Pandemie, dass das Vertrauen in politische Institutionen, vor allem in Bundesregierung und Bundestag, 2020/21 zunächst anstieg (Wamsler & Zoch 2025; Zoch & and Wamsler 2024). Im Anschluss daran sank das Vertrauen wieder (2021/22) und näherte sich im Jahr 2022/23 weitgehend dem vorpandemischen Niveau an (Wamsler & Zoch 2025; Zoch & and Wamsler 2024). Bezogen auf die Rangfolge zeigten (Best et al. 2023), dass die

Wissenschaft sowie das Bundesverfassungsgericht als Teil der Justiz im Jahr 2022, weiterhin am meisten Vertrauen genossen. Die Bundesregierung und der Bundestag lagen weiterhin im Mittelfeld, gefolgt von dem Vertrauen in die Europäische Kommission und die Medien. Folglich ähnelt die Rangfolge für diese Institutionen und Akteure derjenigen vor der Corona-Krise. Bislang ist unklar, wie es um das politische Vertrauen nach der Corona-Pandemie, in einer Zeit, die von neuen und multiplen Krisen geprägt ist, steht.

Krisen wirken sich nicht nur auf politisches Vertrauen aus, sondern auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Ein wichtiger Indikator hierfür ist, ob Menschen sich als Teil der Gesellschaft verstehen (Bude & Lantermann 2006). Während der Corona-Pandemie nahmen auch Gefühle sozialer Exklusion zu, also das Gefühl nicht Teil der Gesellschaft zu sein (Kelle et al. 2025). Dieses Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit kann wiederum das Vertrauen in politische Institutionen beeinträchtigen: Wer sich sozial ausgeschlossen fühlt, könnte sich von politischen Institutionen und Akteuren weniger repräsentiert sehen und weniger Einflussmöglichkeiten wahrnehmen.

Politische Institutionen könnten dann möglicherweise als „System der anderen“ empfunden werden. Entsprechend könnten Personen, die sich ausgeschlossen fühlen, geringeres Vertrauen in Institutionen haben als solche, die sich als Teil der Gesellschaft fühlen. Daher liegt ein weiterer Fokus dieses Beitrags darauf, ob und in welchem Ausmaß sich das politische Vertrauen zwischen Personen, die sich zur Gesellschaft zugehörig fühlen und denjenigen, die sich sozial ausgeschlossen fühlen, unterscheidet.

Vor dem Hintergrund der multiplen Krisen stellt sich die Frage, wie es um das politische Vertrauen unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen steht. Bislang ist unklar, ob die in früheren Studien beobachteten Vertrauensmuster in Rangfolge und Gruppenunterschieden weiterhin bestehen oder ob sich neue Muster herausgebildet haben. Ebenso offen ist, in welchem Ausmaß sich das politische Vertrauen zwischen Personen unterscheidet, die sich gesellschaftlich zugehörig fühlen, und jenen, die Erfahrungen sozialer Exklusion machen. Mit dem vorliegenden DZA Aktuell werden diese Fragen adressiert, indem das politische Vertrauen im Winter 2023/24 empirisch untersucht wird.

## Forschungsfragen

In diesem DZA Aktuell soll analysiert werden, wie sehr Personen in der zweiten Lebenshälfte verschiedenen politischen Institutionen und Akteuren vertrauen. Zudem steht der Vergleich des Vertrauens in Institutionen und Akteure zwischen sozial inkludierten und exkludierten Personen im Fokus.

- a) Zu welchen Anteilen vertrauen Menschen in der zweiten Lebenshälfte verschiedenen politischen Institutionen und Akteuren?
- b) Wie unterscheidet sich das Vertrauen in verschiedene politische Institutionen und Akteure nach soziodemografischen Faktoren (Altersgruppen, Geschlecht, Einkommensgruppen, Wohnort (Ost/West))?
- c) Welche Unterschiede im Vertrauen in verschiedene politische Institutionen und Akteure bestehen zwischen Personen, die sich sozial ausgeschlossen und denjenigen, die sich nicht sozial ausgeschlossen fühlen?

## Daten und Methoden

### Der Deutsche Alterssurvey (DEAS)

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS) ist eine repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung von Personen in der zweiten Lebenshälfte. Im Rahmen der Studie werden seit mehr als zwei Jahrzehnten Frauen und Männer auf ihrem Weg ins höhere und hohe Alter regelmäßig befragt (1996, 2002, 2008, 2011, 2014, 2017, 2020/21, 2023). Dieser lange Beobachtungszeitraum erlaubt einen umfassenden Einblick in das Älterwerden und die Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte. Zudem kann durch das kohortensequenzielle Design der Studie Älterwerden im sozialen Wandel untersucht werden. Der DEAS ist daher die zentrale Studie zu Alter und Altern in Deutschland. Mehr als 20.000 Personen haben bislang an der Studie teilgenommen. Befragt werden Personen, die zum Zeitpunkt der ersten Teilnahme 40 Jahre und älter sind. Die Teilnehmenden werden auf Basis einer nach Alter, Geschlecht und Region geschichteten Einwohnermeldeamtsstichprobe ausgewählt. Die DEAS-Daten sind daher repräsentativ für die in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung Deutschlands in der zweiten Lebenshälfte.

Die Analysen beruhen auf der DEAS- CoESI-Zusatzbefragung, die im Winter 2023/24 im Rahmen des Projekts CoESI „Folgen der Corona-Pandemie auf die Entwicklung sozialer Integration“ durchgeführt wurde. Das Projekt inklusive der Zusatzbefragung wurde vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) gefördert. Die Befragung fand in Form eines schriftlichen Fragebogens statt und umfasste insbesondere Themen zur sozialen Integration und zum individuellen Wohlbefinden. Alle Personen aus der DEAS-Stichprobe waren zur Befragung eingeladen, 4.509 Personen nahmen daran teil.

In den Analysen werden gewichtete Anteils- und Mittelwerte unter Verwendung von Methoden, die das Design der Stichprobe berücksichtigen, dargestellt. Die Gewichte wurden nach Alter, Geschlecht, Wohnregion und Bildung poststratifiziert. Gruppenunterschiede werden auf statistische Signifikanz getestet. Verwendet wird ein Signifikanzniveau von  $p < 0,05$ . Ist ein Befund statistisch signifikant, so kann mit mindestens 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass ein festgestellter Unterschied nicht nur in der vorliegenden Stichprobe, sondern auch in der Gesamtbevölkerung vorhanden ist. Ist ein Befund nicht statistisch signifikant, ist es möglich, dass beobachtete Unterschiede in der Stichprobe nur zufällig zustande kamen.

Der DEAS wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Weitere Informationen zum DEAS finden sich unter [www.deutscher-alterssurvey.de](http://www.deutscher-alterssurvey.de)

In der DEAS-CoESI-Befragung wird das Vertrauen in acht verschiedene Institutionen und Akteure über die Abfrage „Im Folgenden sehen Sie eine Liste von Institutionen und Gruppen. Wie sehr vertrauen Sie diesen Institutionen und Gruppen?“ erfasst. Abgefragte Institutionen und Akteure umfassen Justiz/Gerichte, Bundesregierung, Politische Parteien, Bundestag, Europäische Union (EU), Polizei, Medien, Wissenschaft.

Das Vertrauen wird auf einer Skala von eins („Vertraue ganz und gar nicht“) bis vier („Vertraue voll und ganz“) erfasst. In den Analysen wird zwischen Personen, die der jeweiligen Institution bzw. dem jeweiligen Akteur (eher) vertrauen und denjenigen, die (eher) nicht vertrauen unterschieden.

Es werden vier Altersgruppen unterschieden: 43–55 Jahre (13,6 %),

56–65 Jahre (23,2 %), 66–75 Jahre (32,1 %) und 76 Jahre und älter (31,1 %).

Um Geschlechterunterschiede darzustellen, wird zwischen Frauen (52,6 %) und Männern (47,4 %) unterschieden.

Um die finanzielle Situation abzubilden, werden drei Einkommensgruppen gebildet: armutsgefährdete Haushalte (11,5 %), Haushalte mit mittlerem Einkommen (68,5 %) und solche mit höherem Einkommen (20,0 %). Als armutsgefährdet gelten Personen, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen des Haushalts) unter 60 Prozent des mittleren Einkommens in der Gesamtbevölkerung (Median) lag. Als mittlere Einkommen gelten Einkommen in Höhe von 60–150 Prozent des mittleren Einkommens. Höhere Einkommen liegen über 150 Prozent des bedarfsgewichteten, mittleren Einkommens. Der Referenzwert für das Medianeinkommen der deutschen Gesamtbevölkerung basiert auf der Erhebung für die amtliche Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Statistics on Income and Living Conditions - EU-SILC) und lag im Jahr 2023 bei 2.117 Euro pro Monat (25.000 Euro pro Jahr). Die Armutsrisikoschwelle liegt somit

bei 1.270 Euro pro Monat, die 150 Prozent-Schwelle bei 3.175 Euro pro Monat.

Zur Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland wird der Wohnort der Befragten entweder der ehemaligen Bundesrepublik (68,0 %) oder der ehemaligen DDR (32,0 %) zugeordnet. Berlin wird dabei Ostdeutschland zugerechnet.

Die wahrgenommene soziale Exklusion (Bude & Lantermann 2006) wird im DEAS im schriftlichen Fragebogen mit vier Aussagen zur Einschätzung der gesellschaftlichen Zugehörigkeit auf einer Skala von eins („trifft genau zu“) bis vier („trifft gar nicht zu“) erfasst (z. B. „Ich habe das Gefühl, gar nicht richtig zur Gesellschaft zu gehören“, „Ich habe das Gefühl, im Grunde gesellschaftlich überflüssig zu sein“). Für die Analysen wird ein darauf basierender Indikator verwendet (Böger et al. 2017): Es werden alle Antworten umkodiert, sodass höhere Werte eine stärkere wahrgenommene soziale Exklusion widerspiegeln. Aus allen Antworten wird ein Mittelwert berechnet, der das Ausmaß der empfundenen sozialen Exklusion angibt. Befragte mit einem Mittelwert ab 2,6 werden als Personen, die sich sozial ausgeschlossen fühlen, eingestuft.

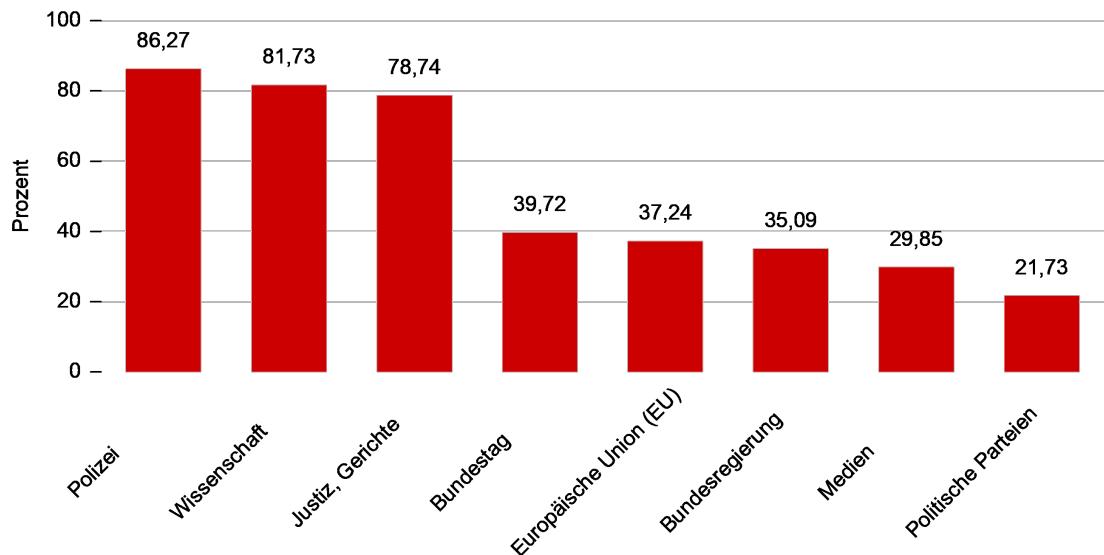
## Befunde

**Die meisten Menschen vertrauen der Justiz, der Wissenschaft und der Polizei, während deutlich weniger politischen Parteien und Medien vertrauen.**

Das Vertrauen variiert stark zwischen den politischen Institutionen und Akteuren (Abbildung 1). Polizei, Wissenschaft sowie Justiz und Gerichte genossen bei den meisten Menschen in der zweiten Lebenshälfte Vertrauen: 86,3 Prozent vertrauten der Polizei, 81,7 Prozent der

Wissenschaft und 78,7 Prozent der Justiz und den Gerichten. Deutlich weniger Menschen vertrauten den anderen Institutionen: Dem Bundestag vertrauten 39,7 Prozent der Menschen, der Europäischen Union 37,2 Prozent und der Bundesregierung 35,1 Prozent. Am geringsten ausgeprägt war das Vertrauen in die Medien und die politischen Parteien, denen nur 29,9 Prozent bzw. 21,7 Prozent der Menschen Vertrauen entgegenbrachten.

Abbildung 1: Vertrauen in Institutionen und Akteure 2023/2024, gesamt



Quelle: DEAS-CoESI-Zusatzbefragung 2023/2024, unveröffentlichte Version,  $n_{\text{Polizei}} = 4419$ ,  $n_{\text{Wissenschaft}} = 4417$ ,  $n_{\text{Justiz}} = 4384$ ,  $n_{\text{Bundestag}} = 4398$ ,  $n_{\text{EU}} = 4406$ ,  $n_{\text{Bundesregierung}} = 4412$ ,  $n_{\text{Medien}} = 4409$ ,  $n_{\text{Parteien}} = 4408$ , gewichtet, gerundete Angaben.

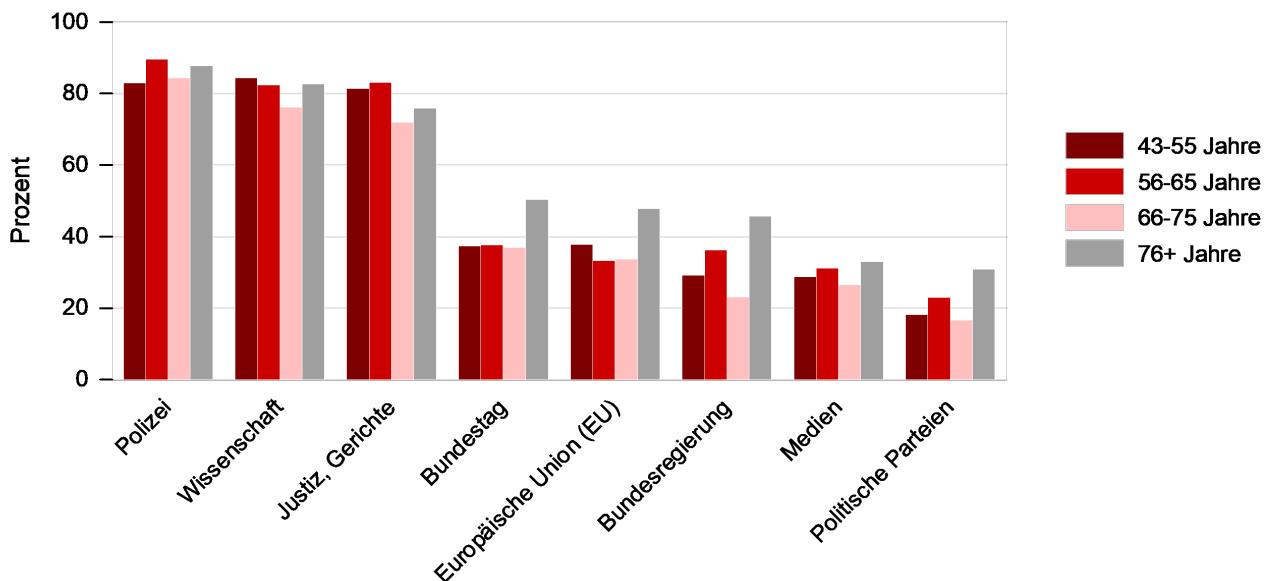
**Menschen im Alter ab 76 Jahren haben ein höheres Vertrauen in Institutionen und Akteure.**

Die älteste Altersgruppe (Personen ab 76 Jahren) vertraute dem Bundestag und der Europäischen Union mit 50,3 Prozent bzw. 47,9 Prozent signifikant mehr als die anderen Altersgruppen (Abbildung 2). Ein ähnliches Bild zeigte sich bei der Bundesregierung und den politischen Parteien: Hier wies die älteste Altersgruppe signifikant höhere Vertrauenswerte auf als die Gruppen der 43- bis 55-Jährigen und der 66- bis 75-Jährigen. Hingegen ließen sich beim Vertrauen in Polizei und Wissenschaft

keine signifikanten Altersunterschiede feststellen, ebenso wenig beim Vertrauen in die Medien.

Im Gegensatz zu Personen ab 76 Jahren unterschieden sich die anderen drei Altersgruppen kaum voneinander. Der einzige weitere statistisch signifikante Unterschied war, dass die Gruppe der 66- bis 75-Jährigen der Justiz im Vergleich zu den beiden jüngeren Altersgruppen weniger vertraute, doch auch in dieser Altersgruppe lag das Vertrauen in die Justiz mit knapp 72 Prozent immer noch auf einem relativ hohen Niveau.

Abbildung 2: Vertrauen in politische Institutionen und Akteure 2023/2024, nach Altersgruppen



Quelle: DEAS-CoESI-Zusatzbefragung 2023/2024, unveröffentlichte Version,  $n_{\text{Polizei}} = 4419$ ,  $n_{\text{Wissenschaft}} = 4417$ ,  $n_{\text{Justiz}} = 4384$ ,  $n_{\text{Bundestag}} = 4398$ ,  $n_{\text{EU}} = 4406$ ,  $n_{\text{Bundesregierung}} = 4412$ ,  $n_{\text{Medien}} = 4409$ ,  $n_{\text{Parteien}} = 4408$ , gewichtet, gerundete Angaben. Justiz: Die Unterschiede im Vertrauen zwischen den 66- bis 75-Jährigen und den jüngeren Altersgruppen sind statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ).

Bundestag und Europäische Union: Die Unterschiede im Vertrauen zwischen der ältesten Gruppe und allen anderen Altersgruppen sind statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ).

Bundesregierung und politische Parteien: Die Unterschiede im Vertrauen zwischen der ältesten Gruppe und den 43- bis 55-Jährigen sowie den 66- bis 75-Jährigen sind statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ).

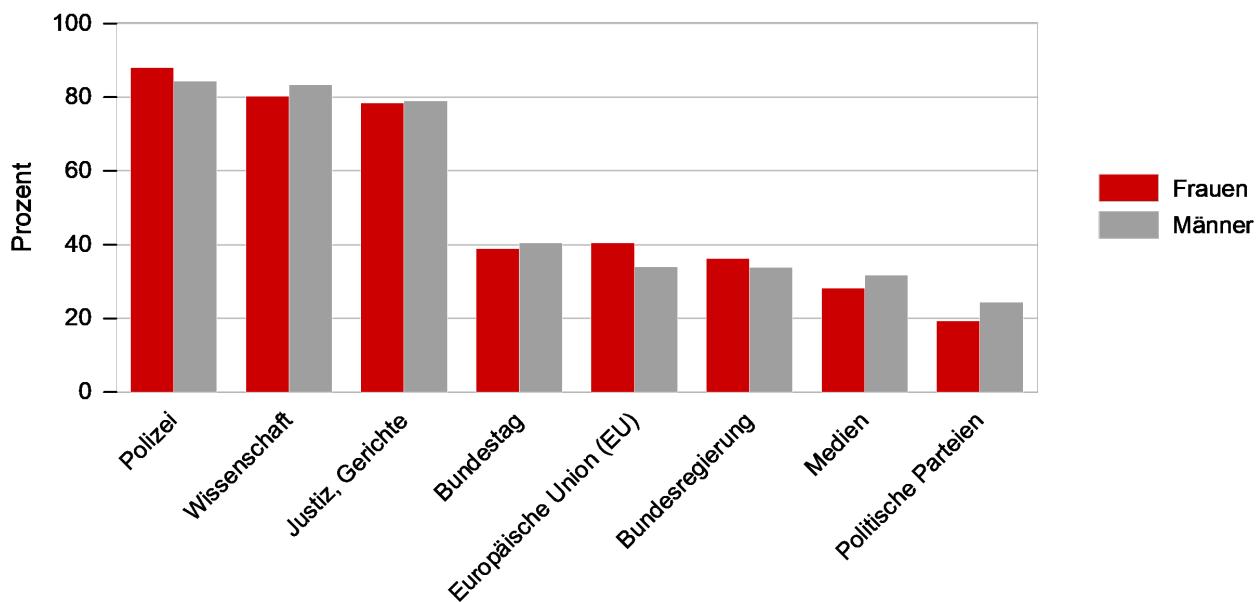
Hinsichtlich der übrigen Institutionen und Akteure sind die Unterschiede im Vertrauen nicht statistisch signifikant ( $p \geq 0,05$ ).

### **Das Vertrauen in politische Institutionen und Akteure fällt bei Frauen und Männern ähnlich aus.**

Zwischen Frauen und Männern in der zweiten Lebenshälfte zeigten sich keine Unterschiede im Vertrauen gegenüber den

verschiedenen Institutionen und Akteuren (Abbildung 3). Für Frauen wie Männer galt, dass sie der Polizei, der Wissenschaft und der Justiz am häufigsten vertrauten, wohingegen sie den Medien und politischen Parteien am seltensten Vertrauen entgegenbrachten.

Abbildung 3: Vertrauen in politische Institutionen und Akteure 2023/2024, nach Geschlecht



Quelle: DEAS-CoESI-Zusatzbefragung 2023/2024, unveröffentlichte Version,  $n_{\text{Polizei}} = 4419$ ,  $n_{\text{Wissenschaft}} = 4417$ ,  $n_{\text{Justiz}} = 4384$ ,  $n_{\text{Bundestag}} = 4398$ ,  $n_{\text{EU}} = 4406$ ,  $n_{\text{Bundesregierung}} = 4412$ ,  $n_{\text{Medien}} = 4409$ ,  $n_{\text{Parteien}} = 4408$ , gewichtet, gerundete Angaben. Die Unterschiede nach Geschlecht sind hinsichtlich aller Institutionen und Akteure nicht statistisch signifikant ( $p \geq 0,05$ ).

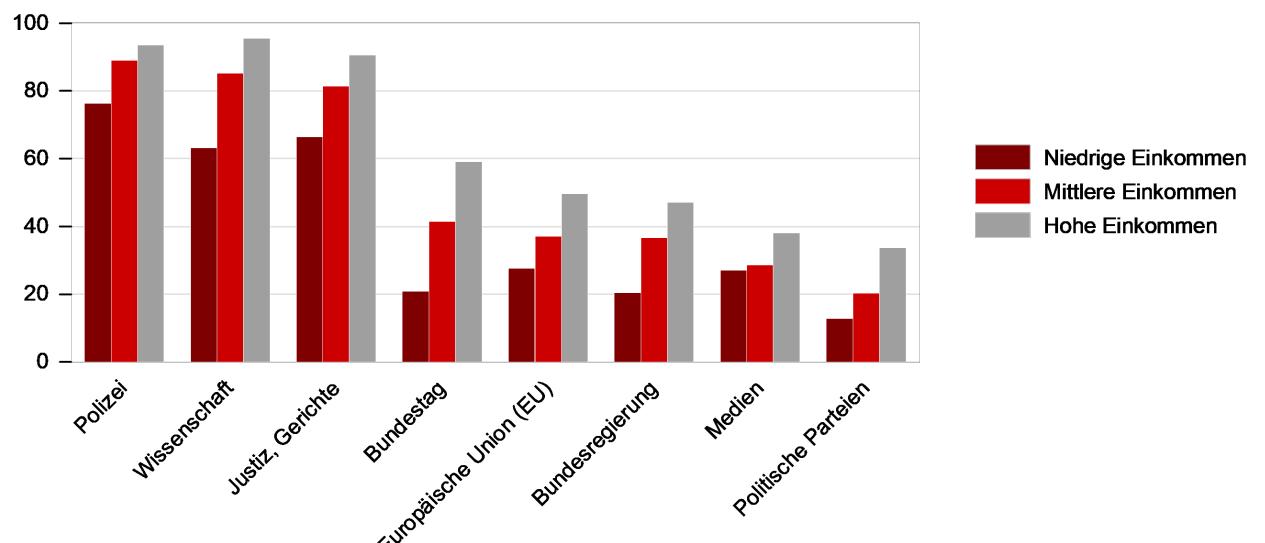
**Menschen mit höheren Einkommen haben ein höheres Vertrauen in politische Institutionen und Akteure.**

Das politische Vertrauen variiert nach Einkommensgruppen: Je höher das Einkommen, desto höher war auch das Vertrauen in die verschiedenen politischen Institutionen und Akteure bei Menschen in der zweiten Lebenshälfte (Abbildung 4). Besonders deutlich war dies bei Wissenschaft, Justiz, Bundestag und Bundesregierung: Hier unterschieden sich alle Einkommensgruppen signifikant voneinander. So vertrauten beispielsweise rund 59,1 Prozent der Personen mit hohem Einkommen dem Bundestag, während es in der mittleren Einkommensgruppe 41,5 Prozent und in

der armutsgefährdeten Einkommensgruppe lediglich 20,8 Prozent waren.

Das Muster, dass ein höheres Einkommen mit größerem Vertrauen einhergeht, war auch bei den übrigen politischen Institutionen und Akteuren erkennbar. So vertrauten die höchste und die mittlere Einkommensgruppe der Polizei am meisten. Menschen mit höherem Einkommen hatten im Vergleich der Einkommensgruppen zudem das größte Vertrauen in die Europäische Union und politische Parteien. Im Fall der Medien zeigten Personen mit hohen Einkommen ein höheres Vertrauen als solche mit mittleren Einkommen.

Abbildung 4: Vertrauen in politische Institutionen und Akteure 2023/2024, nach Haushaltseinkommen



Quelle: DEAS-CoESI-Zusatzbefragung 2023/2024, unveröffentlichte Version, nPolizei= 3841, nWissenschaft = 4837, nJustiz = 3813, nBundestag= 3819, nEU = 3828, nBundesregierung = 3832, nMedien = 3832, nParteien = 3825, gewichtet, gerundete Angaben. Polizei: Die Unterschiede im Vertrauen zwischen der mittleren und hohen Einkommensgruppe im Vergleich zu der armutsgefährdeten Einkommensgruppe sind statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ).

Justiz, Bundesregierung, Bundestag und Wissenschaft: Die Unterschiede im Vertrauen sind zwischen allen Einkommensgruppen statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ).

Europäische Union und Politischen Parteien: Die Unterschiede im Vertrauen zwischen der armutsgefährdeten und der mittleren Einkommensgruppe im Vergleich zu der höheren Einkommensgruppe sind statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ).

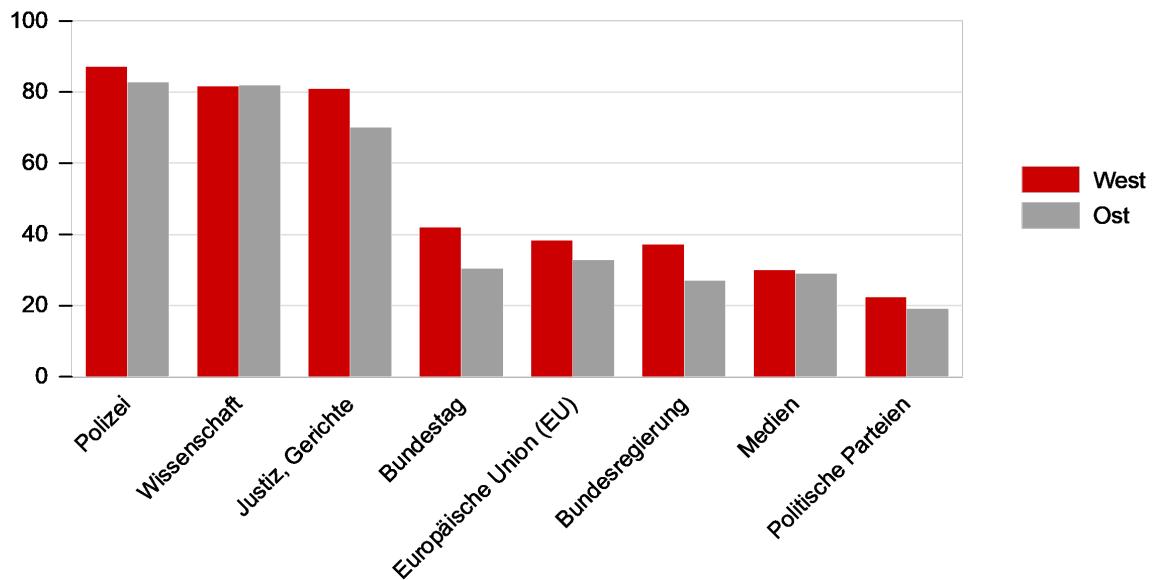
Medien: Der Unterschied im Vertrauen zwischen der mittleren Einkommensgruppe im Vergleich zu der hohen Einkommensgruppe ist statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ).

**Menschen in Ostdeutschland bringen der Justiz, der Bundesregierung und dem Bundestag weniger Vertrauen entgegen als in Westdeutschland.**

Differenziert nach Ost- und Westdeutschland zeigte sich, dass Personen in der zweiten Lebenshälfte im Osten drei zentralen politischen Institutionen signifikant weniger

Vertrauen entgegenbrachten (siehe Abbildung 5): der Justiz (82,8 vs. 87,2 Prozent), dem Bundestag (30,5 vs. 42,1 Prozent) und der Bundesregierung (27,1 vs. 37,2 Prozent). Bei den übrigen Institutionen und Akteuren unterschied sich das Vertrauen zwischen Ost- und Westdeutschland nicht statistisch signifikant.

Abbildung 5: Vertrauen in politische Institutionen und Akteure 2023/2024, nach Region



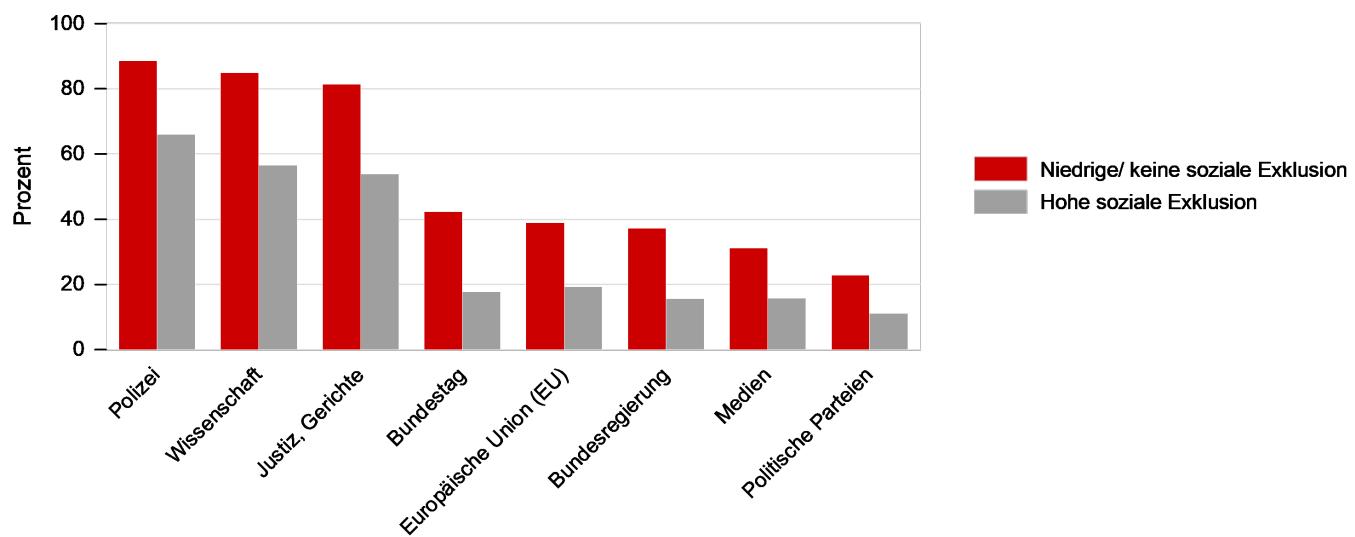
Quelle: DEAS-CoESI-Zusatzbefragung 2023/2024, unveröffentlichte Version,  $n_{\text{Polizei}} = 4419$ ,  $n_{\text{Wissenschaft}} = 4417$ ,  $n_{\text{Justiz}} = 4384$ ,  $n_{\text{Bundestag}} = 4398$ ,  $n_{\text{EU}} = 4406$ ,  $n_{\text{Bundesregierung}} = 4412$ ,  $n_{\text{Medien}} = 4409$ ,  $n_{\text{Parteien}} = 4408$ , gewichtet, gerundete Angaben. Justiz, Bundestag und Bundesregierung: Die Unterschiede im Vertrauen sind zwischen West- und Ostdeutschland statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ). Hinsichtlich der restlichen Institutionen und Akteure sind die Unterschiede im Vertrauen nicht statistisch signifikant ( $p \geq 0,05$ ).

**Menschen, die sich gesellschaftlich ausgeschlossen fühlen, haben ein deutlich geringeres Vertrauen in politische Institutionen und Akteure.**

Hinsichtlich der wahrgenommenen sozialen Exklusion, zeigte sich über alle Institutionen und Akteure hinweg ein klares Muster (siehe Abbildung 6): Personen in der zweiten Lebenshälfte, die sich sozial ausgeschlossen fühlten, vertrauten politischen Institutionen und Akteuren signifikant seltener als Personen, die sich sozial inkludiert fühlten. Die Unterschiede

sind deutlich: So vertrauten beispielsweise knapp 81,5 Prozent der Personen, die sich sozial inkludiert fühlten, der Justiz. Unter den sozial exkludierten Personen waren es hingegen nur etwa 54 Prozent. Die Unterschiede zwischen Personen, die sich sozial exkludiert bzw. inkludiert fühlten, variierten je nach Institution oder Akteur zwischen rund 12 Prozentpunkten (politische Parteien) und 28 Prozentpunkten (Wissenschaft) und sind somit im Vergleich zu den Unterschieden zwischen den soziodemografischen Gruppen augenscheinlich deutlich stärker ausgeprägt.

Abbildung 6: Vertrauen in politische Institutionen und Akteure 2023/2024, nach wahrgenommener sozialer Exklusion



Quelle: DEAS-CoESI-Zusatzbefragung 2023/2024, unveröffentlichte Version,  $n_{\text{Polizei}} = 4367$ ,  $n_{\text{Wissenschaft}} = 4366$ ,  $n_{\text{Justiz}} = 4333$ ,  $n_{\text{Bundestag}} = 4348$ ,  $n_{\text{EU}} = 4355$ ,  $n_{\text{Bundesregierung}} = 4360$ ,  $n_{\text{Medien}} = 4358$ ,  $n_{\text{Parteien}} = 4355$ ), gewichtet, gerundete Angaben. Statistisch signifikant ( $p < 0,05$ ): Die Unterschiede im Vertrauen zwischen Personen, die sich sozial exkludiert bzw. inkludiert wahrnehmen, sind hinsichtlich aller Institutionen und Akteure statistisch signifikant.

## Diskussion

Politisches Vertrauen ist eine zentrale Grundlage der Demokratie (Eder & Reinald 2022; Newton 2001). Dabei geht es nicht um blindes Vertrauen, sondern um ein Mindestmaß an Vertrauen, das die Handlungsfähigkeit politischer Institutionen und die Stabilität des demokratischen Systems ermöglicht (Faus et al. 2019; Marien 2011).

In den vergangenen Jahren wurde verstärkt auf den gesellschaftlichen Rückhalt gesetzt, um Krisen wie die Corona-Pandemie oder die Energiekrise zu bewältigen. Dabei mussten Menschen Maßnahmen mittragen, die tief in ihren Alltag eingriffen. Die Krisenjahre haben den Kontext, in dem politisches Vertrauen besteht, deutlich geprägt. Vor diesem Hintergrund wurde in diesem DZA-Aktuell untersucht, ob die vor 2020 bekannten Muster politischen Vertrauens bestehen geblieben sind oder ob sie sich infolge der verschiedenen Krisen verändert haben.

Unsere Ergebnisse auf Basis von Daten aus dem Winter 2023/2024 zeigen für eine Reihe

politischer Institutionen und Akteure eine ähnliche Rangfolge wie in Analysen vor 2020 (Decker et al. 2019; Faus et al. 2019; Karnick et al. 2022). Die meisten Menschen in der zweiten Lebenshälfte vertrauen Polizei, Wissenschaft und Justiz. Faus und Kolleg\*innen (2019) vermuten, dass dies darauf zurückzuführen sein könnte, dass diese Akteure nur wenig in das tagespolitische Geschehen eingebunden sind und als unparteiisch gelten. Daher könnten sie als neutral wahrgenommen werden. Wie auch in früheren Ergebnissen bestand auch im Winter 2023/2024 weitaus weniger Vertrauen in politische Repräsentations- und Entscheidungsorgane wie den Bundestag, die Europäische Union oder die Bundesregierung. Diese Institutionen sind stärker an tagesaktuellen Entscheidungen beteiligt und setzen sich aus Akteuren mit unterschiedlichen Meinungen und Interessen zusammen, was sie weniger neutral erscheinen lassen kann. Am geringsten ist das Vertrauen, wie auch in früheren Studien, in politische Parteien und Medien. Dieser Befund könnte damit zusammenhängen, dass hier eine große

Bandbreite an Akteuren zusammengefasst wird. Im Hinblick auf die politischen Parteien wird zudem diskutiert, dass viele Menschen den Eindruck haben, diese hätten sich von ihren alltäglichen Lebensrealitäten entfernt und dadurch an Vertrauen eingebüßt (Faus et al. 2016). Zusätzlich trägt hier, aber auch bei Institutionen wie dem Bundestag, der EU und der Bundesregierung, wahrscheinlich das Gefühl der Menschen bei, dass ihnen komplexe Sachverhalte nicht ausreichend verständlich vermittelt werden (Faus et al. 2016).

Dass die grundlegende Rangfolge des Vertrauens sich trotz verschiedenster Krisen nicht verändert hat, liegt vermutlich daran, dass die zugeschriebenen Eigenschaften der Institutionen und Akteure, wie beispielsweise Neutralität, wahrscheinlich relativ stabil geblieben sind. Gleichwohl könnten sich Veränderungen im Vertrauensniveau ergeben haben, die mit diesen Querschnittsdaten nicht untersucht werden konnten.

Neben Unterschieden zwischen verschiedenen politischen Akteuren und Institutionen wurden auch Unterschiede entlang sozialer und demografischer Merkmale – Alter, Geschlecht, Einkommen sowie zwischen Ost- und Westdeutschland – betrachtet. Auch diesbezüglich zeigten sich in unserer Studie ähnliche Ergebnisse wie vor der Pandemie (Decker et al. 2019; Faus et al. 2019; Karnick et al. 2022).

In Bezug auf das Alter zeigt sich, dass die älteste Gruppe ab 76 Jahren tendenziell ein höheres Vertrauen aufweist. Für die anderen Altersgruppen ist kein konsistentes Muster erkennbar. Die älteste Altersgruppe hat zu großen Teilen den zweiten Weltkrieg und den darauffolgenden politischen Umbruch miterlebt. In Westdeutschland war diese Altersgruppe am Aufbau der Demokratie und des Wirtschaftswunders beteiligt. Diese Erfahrungen könnten das politische Vertrauen in dieser Altersgruppe in besonderer Weise geprägt haben.

Zugleich sind in dieser Altersgruppe – ebenso wie bei den 66–75-Jährigen – Parteimitgliedschaften deutlich häufiger verbreitet, was auf eine traditionell stärkere politische Einbindung hinweist (Weinhardt et al. 2025). Die Wahlbeteiligung liegt bei den über 70-Jährigen jedoch unter dem Bevölkerungsdurchschnitt (Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 2025), was in Zusammenhang mit unseren Ergebnissen alters- oder gesundheitsbedingte Hürden hindeuten könnte, jedoch nicht auf mangelndes Vertrauen in das politische System zurückgeführt werden kann. Aufgrund des querschnittlichen Designs lässt sich nicht feststellen, ob die Unterschiede mit dem Alter selbst zusammenhängen oder auf generationsspezifische Erfahrungen zurückgehen.

In Bezug auf das Geschlecht zeigen sich keine signifikanten Unterschiede im politischen Vertrauen, ein Befund, der über mehrere Studien hinweg konsistent ist (Decker et al. 2019; Faus et al. 2019; Karnick et al. 2022).

Ausgeprägt sind die Unterschiede nach Einkommen: Je höher das Einkommen, desto größer das politische Vertrauen. Diese Ergebnisse stützen die Gewinner\*innen-Hypothese, nach der Personen, denen es ökonomisch besser geht, ein höheres politisches Vertrauen aufweisen (Decker et al. 2019; Zmerli & Newton 2011). Ein Abbau sozialer Ungleichheiten in der Gesellschaft insgesamt könnte also ein Weg sein, um das Vertrauen in politische Institutionen zu stärken (s. dazu auch Schäfer 2012; Singh & Mayne 2023).

Hinsichtlich der Region zeigt sich, im Einklang mit vorherigen Studien (z. B. Eder & Reinl 2022), dass Menschen in Ostdeutschland tendenziell ein geringeres politisches Vertrauen aufweisen als Menschen in Westdeutschland. Dieses Muster findet sich bei drei der acht betrachteten Institutionen, nämlich beim Vertrauen in die Bundesregierung, den Bundestag und die Justiz und betrifft somit

die zentralen Institutionen der Demokratie. Zur Erklärung des geringeren politischen Vertrauens in Ostdeutschland werden in der Forschung vor allem zwei Faktoren herangezogen: Unterschiede in der politischen Sozialisation und Unterschiede in der ökonomischen Situation (Westle 2022).

Um besser zu verstehen, ob die geringeren Vertrauenswerte in Ostdeutschland vor allem auf ökonomische Nachteile zurückgehen, wurden vertiefende Analysen vorgenommen. Diese zeigen, dass die Ost-Westunterschiede im Vertrauen in die Justiz und den Bundestag bestehen bleiben, auch wenn das durchschnittlich niedrigere Einkommen in Ostdeutschland in den Analysen berücksichtigt wird. Es scheint also, dass neben den in der Gewinner\*innen-Hypothese genannten Aspekten, noch weitere Faktoren das politische Vertrauen in Ostdeutschland beeinflussen. Hier könnten Sozialisationserfahrungen in der DDR sowie Enttäuschungen und Umbrüche im Zuge der Wiedervereinigung eine Rolle spielen (Westle 2022). Die Ost-Westunterschiede im Vertrauen in die Bundesregierung sind hingegen nicht mehr statistisch signifikant, wenn die Einkommensunterschiede zwischen den beiden Landesteilen berücksichtigt werden.

Der Befund, dass sich die betrachteten Gruppenunterschiede im politischen Vertrauen weiterhin bestehen bleiben, liegt wahrscheinlich daran, dass Krisen wie die Corona-Pandemie, entgegen der Annahme, sie könnten als „great equalizer“ („großer Gleichmacher“) wirken, bestehende Untergleichheiten eher aufrechterhalten oder sogar verstärken (Klasen et al. 2025; Mein 2020). Dies könnte erklären, warum Vertrauensunterschiede zwischen den Gruppen weitgehend bestehen bleiben. Jedoch kann aufgrund der querschnittlichen Daten nicht beurteilt werden, ob sich die Unterschiede zwischen Gruppen im Zeitverlauf verstärkt oder abgeschwächt haben.

Neben der Betrachtung bekannter soziodemografischer Merkmale lag ein weiterer Fokus auf den Vertrauensunterschieden hinsichtlich der wahrgenommenen sozialen Exklusion. Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass Personen, die sich sozial ausgeschlossen fühlen, über alle politischen Institutionen und Akteure hinweg deutlich geringeres politisches Vertrauen aufweisen. Die Unterschiede variierten je nach Institution oder Akteur zwischen rund 12 und 28 Prozentpunkten.

Objektive soziale Exklusion in Form ökonomischer Benachteiligung steht in engem Zusammenhang mit subjektiv wahrgenommener sozialer Exklusion (Bude & Lantermann 2006). Um besser zu verstehen, inwieweit die geringeren Vertrauenswerte sozial exkludiert empfundener Personen auf ökonomische Nachteile zurückzuführen sind, wurden vertiefende Analysen durchgeführt, welche das Einkommen berücksichtigen. Die Analysen zeigen, dass die Vertrauensunterschiede für sechs der acht betrachteten politischen Institutionen und Akteure bestehen bleiben, selbst wenn das Einkommen berücksichtigt wird. Lediglich für politische Parteien und die Europäische Union zeigten sich nach Kontrolle des Einkommens keine statistisch signifikanten Unterschiede mehr. Diese Ergebnisse verdeutlicht, dass wahrgenommene soziale Exklusion nicht deckungsgleich mit objektiver sozialer Exklusion ist, sondern darüberhinausgehende Dimensionen gesellschaftlicher Teilhabe widerspiegelt.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass wahrgenommene soziale Exklusion und politisches Vertrauen eng miteinander verknüpft sind. Allerdings erlauben das querschnittliche Design und die verwendete Analysemethode keine Aussagen über Kausalzusammenhänge. Es ist denkbar, dass sich sozial ausgeschlossene Personen weniger von politischen Institutionen und Akteuren vertreten fühlen und ein Gefühl eines „Systems der anderen“ entwickeln. Ebenso könnte ein umgekehrter

Zusammenhang denkbar sein: Wer das Vertrauen verliert, dass politische Institutionen und Akteure verantwortungsvoll und im Interesse der Bevölkerung handeln, fühlt sich möglicherweise auch selbst weniger als Teil der Gesellschaft. Schließlich ist es denkbar, dass wahrgenommene soziale Exklusion und geringes politisches Vertrauen auf gemeinsame Drittursachen zurückgehen – etwa Arbeitslosigkeit oder wahrgenommene Diskriminierung – und daher gemeinsam auftreten, ohne in einem direkten Ursache-Wirkungs-Verhältnis zueinander zu stehen.

Unabhängig von der Wirkrichtung des Zusammenhangs sind sowohl geringes politisches Vertrauen als auch das Gefühl sozialer Exklusion auf individueller und gesellschaftlicher Ebene problematisch und sollten adressiert werden. Besonders relevant ist dies vor dem Hintergrund, dass während der Pandemie ein Anstieg der wahrgenommenen sozialen Exklusion festgestellt wurde (Kelle et al. 2025). Bislang fehlen jedoch längsschnittliche Analysen, um zu beurteilen, ob dieses Gefühl in Deutschland nach der Pandemie wieder zurückgegangen ist.

Angesichts der Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen wahrgenommener sozialer Exklusion und politischem Vertrauen sollte in Politik und Gesellschaft ein stärkeres Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass das Empfinden sozialer Ausgrenzung ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem darstellt, das langfristig auch die Stabilität demokratischer Strukturen beeinträchtigen kann. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf soziale Exklusion frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu unterstützen. Dazu zählen Menschen mit niedriger Bildung, geringem Einkommen, Multimorbidität sowie Personen, die von Einsamkeit betroffen sind (Böger et al. 2017; Huxhold et al. 2022; Kristensen et al. 2019). Um sozialer Exklusion entgegenzuwirken, können niedrigschwellige Angebote wie

Stadtteilzentren, Nachbarschaftsarbeit und Wohlfahrtsverbände sowie die Reduzierung von Einstiegshürden in Vereinen und im ehrenamtlichen Engagement eine wichtige Rolle spielen (z. B. Sjöberg et al. 2018; Alscher et al. 2024). Ziel sollte es sein, soziale Teilhabe für alle zu stärken und dadurch dem Entstehen oder der Verfestigung von Exklusionsgefühlen vorzubeugen.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse, dass die Corona-Pandemie und die nachfolgenden gesellschaftlichen Krisen die grundlegenden Muster politischen Vertrauens nicht verändert haben. Besonders bedeutsam ist jedoch der Befund, dass ein niedriges Einkommen und wahrgenommene soziale Exklusion mit geringem politischem Vertrauen einhergehen. Dies ist insbesondere in krisenhaften Zeiten relevant und verdeutlicht, dass ein niedriges Einkommen und wahrgenommene soziale Exklusion ein Risiko für gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Stabilität darstellt.

Politisches Vertrauen ist eine zentrale Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Gleichzeitig ist es wichtig anzuerkennen, dass Vertrauen nicht einfach erzeugt werden kann. Es entsteht durch verlässliches, transparentes und verantwortungsvolles Handeln politischer Institutionen und kann durch Fehlverhalten beeinträchtigt werden (Gabriel & Zmerli 2006; Marien 2011). Staatliche Maßnahmen, politische Bildung oder Beteiligungsformate können Vertrauen daher nicht unmittelbar herstellen, aber Bedingungen schaffen, unter denen es eher entstehen kann.

Um politisches Vertrauen zu stärken, können gesellschaftliche Rahmenbedingungen verbessert werden, die erfahrungsgemäß mit politischem Misstrauen zusammenhängen – etwa Einkommensungleichheiten, unsichere Lebenslagen oder begrenzte Teilhabechancen. Eine gezielte Stärkung sozialer Integration, zum Beispiel durch bessere Zugänge zu Bildung, Arbeit und Beteiligungsmöglichkeiten, kann dazu

beitragen, Exklusionserfahrungen zu verringern. Zudem können thematische Bürger\*innenbeteiligungen sowie eine transparente und nachvollziehbare Kommunikation politischer Entscheidungen das Vertrauen in politische Institutionen stärken (Decker et al. 2019; Boulianne 2019; Faus et al. 2016).

Darüber hinaus könnte politische Bildung nicht nur in der Schule, sondern lebenslang

eine Rolle spielen (Eder & Reinl 2022), um Bürger\*innen für demokratische Mitbestimmung zu gewinnen und das Empfinden vom „System der anderen“ zu reduzieren. Denn Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürger\*innen; sie wird durch diese legitimiert und baut auf das Vertrauen der Gesellschaft in ihre politischen Institutionen und Akteure.

## Referenzen

- Alischer, M., Priller, E., & Burkhardt, L. (2024). Zivilgesellschaftliche Organisationen und zivilgesellschaftliches Engagement. In: *Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland* (S. 345–373): Statistisches Bundesamt (Destatis); Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB); Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
- Best, V., Decker, F., Fischer, S., & Küppers, A. (2023). Demokratievertrauen in Krisenzeiten. *Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft*, 20287–20220.
- Böger, A., Wetzel, M., & Huxhold, O. (2017). Allein unter vielen oder zusammen ausgeschlossen: Einsamkeit und wahrgenommene soziale Exklusion in der zweiten Lebenshälfte. In: K. Mahne, J. K. Wolff, J. Simonson & C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)* (S. 273–285). Wiesbaden: Springer  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-12502-8\\_18](https://doi.org/10.1007/978-3-658-12502-8_18).
- Boulianne, S. (2019). Building faith in democracy: Deliberative events, political trust and efficacy. *Political Studies*, 67(1), 4–30. <https://doi.org/10.1177/0032321718761466>.
- Bude, H., & Lantermann, E.-D. (2006). Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58(2), 233–252.  
<https://doi.org/10.1007/s11575-006-0054-1>.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2022a). Breites Bündnis ruft zum Energiesparen auf (Gemeinsame Pressemitteilung, 10.06.2022). Online:  
[https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/06/2022\\_0610-breites-buendnis-ruft-zum-energiesparen-auf.html](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/06/2022_0610-breites-buendnis-ruft-zum-energiesparen-auf.html) (zuletzt abgerufen 21.01.2026).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (2022b). *Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen (EnSikuMaV)*. Online:  
[https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/E/ensikumav.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/E/ensikumav.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (zuletzt abgerufen 21.01.2026).
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2025). Wahlbeteiligung und Briefwahl Bundestagswahl 2025 (Zahlen und Fakten: Bundestagswahlen). Online: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/560708/wahlbeteiligung-und-briefwahl/> (zuletzt abgerufen 21.01.2026).
- Decker, F., Best, V., Fischer, S., & Küppers, A. (2019). *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Online: <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/15621> (zuletzt abgerufen 21.01.2026).
- Demary, M., & Hüther, M. (2022). How large is the risk of stagflation in the Eurozone? *Intereconomics*, 57(1), 34–39. <https://doi.org/10.1007/s10272-022-1025-x>.
- Eder, C., & Reinl, A.-K. (2022). Auswirkungen europäischer Krisen auf politisches Vertrauen in Ost- und Westdeutschland. In: *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland: Persistenz, Konvergenz oder Divergenz?* (S. 55–88). Wiesbaden: Springer.
- Faus, J., Faus, R., & Gloger, A. (2016). *Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (Forum Berlin).
- Faus, R., Mannewitz, T., Storks, S., Unzicker, K., & Vollmann, E. (2019). *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien: Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Gabriel, O. W. (2017). Participation and political trust In: S. Zmerli & T. van der Meer (Hrsg.) *Handbook on Political Trust* (S. 228–241). Cheltenham: Edward Elgar Publishing.  
<https://doi.org/10.4337/9781782545118.00025>.
- Gabriel, O. W., & Zmerli, S. (2006). Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 30, 8–15.
- Grote, U., Arvand, M., Brinkwirth, S., Brunke, M., Buchholz, U., Eckmanns, T., von Kleist, M., Niebank, M., Ruehe, B., & Schulze, K. (2021). Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Deutschland: nichtpharmakologische und pharmakologische Ansätze. *Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz*, 64(4), 435–445.  
<https://doi.org/10.1007/s00103-021-03306-z>.
- Handler, H. (2024). Krisen formen Europa. In: *Krisengeprüftes Europa: Die EU auf dem Weg zu einer neuen Identität* (2 Aufl., S. 1–9). Wiesbaden: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-42924-9>.
- Huxhold, O., Suanet, B., & Wetzel, M. (2022). Perceived social exclusion and loneliness: Two distinct but related phenomena. *Sociological Science*, 9, 430–453. <https://doi.org/10.15195/v9.a17>.
- Karnick, N., Simonson, J., & Tesch-Römer, C. (2022). Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Institutionen und der Demokratie. In: J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann & C. Tesch-Römer

- (Hrsg.) *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019* (S. 291–316). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9\\_15](https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9_15).
- Kelle, N., Büning, M., & Simonson, J. (2025). COVID-19 pandemic, volunteering, and well-being: Volunteering's role in mitigating depressive symptoms, loneliness, and perceived social exclusion during the pandemic. *Social Indicators Research* (Online first). <https://doi.org/10.1007/s11205-025-03566-1>.
- Kersten, J., & Rixen, S. (2022). Leben in der Krise. In: *Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise* (3 Aufl., S. 25–64). München: C.H.BECK.
- Klasen, L. J., Büning, M., Kelle, N., Tesch-Römer, C., & Huxhold, O. (2025). The influence of societal crises on social integration and loneliness. In: M. Aartsen, I. Precupetu & B. Suanet (Hrsg.) *Macro social influences on loneliness in later life. International perspectives on aging* (S. 225–248). Wiesbaden: Springer. [https://doi.org/10.1007/978-3-031-94565-6\\_10](https://doi.org/10.1007/978-3-031-94565-6_10).
- Kristensen, K., König, H.-H., & Hajek, A. (2019). The association of multimorbidity, loneliness, social exclusion and network size: Findings from the population-based German Ageing Survey. *BMC Public Health*, 19(1), 1383.
- Ia Roi, C., van Alebeek, C., & van der Meer, T. (2025). Socialized to (Dis)trust? A Panel Study into the Origins of Dispositional Institutional Trust. *Social Indicators Research*, 178(1), 371–391. <https://doi.org/10.1007/s11205-025-03564-3>.
- Liadze, I., Macchiarelli, C., Mortimer-Lee, P., & Sanchez Juanino, P. (2023). Economic costs of the Russia-Ukraine war. *The World Economy*, 46(4), 874–886. <https://doi.org/10.1111/twec.13336>.
- Marien, S. (2011). Measuring political trust across time and space. In: Z. S. Hooghe M. (Hrsg.) *Political Trust. Why Context Matters* (S. 13–46). Colchester: ECPR Press.
- Mein, S. A. (2020). COVID-19 and health disparities: the reality of “the Great Equalizer”. *Journal of general internal medicine*, 35(8), 2439–2440.
- Newton, K. (2001). Trust, social capital, civil society, and democracy. *International political science review*, 22(2), 201–214. <https://doi.org/10.1177/019251210122004>.
- Reuband, K.-H. (2012). Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen: Konstanz und Wandel in den Einstellungen der Bevölkerung 1984–2011. *Soziale Probleme*, 23(1), 5–39.
- Schäfer, A. (2012). Consequences of social inequality for democracy in Western Europe. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 6(2), 23–45. <https://doi.org/10.1007/s12286-010-0086-6>.
- Singh, S. P., & Mayne, Q. (2023). Satisfaction with Democracy: A Review of a Major Public Opinion Indicator. *Public Opinion Quarterly*, 87(1), 187–218. <https://doi.org/10.1093/pog/nfad003>.
- Sjöberg, S., Többe-Schukalla, M., Singh, S., & Martinss, K.-H. (2018). Community work in Germany and Sweden in context of changing welfare models. *International Social Work*, 61(4), 553–570.
- Vaisey, S., & Kiley, K. (2021). A model-based method for detecting persistent cultural change using panel data. *Sociological Science*, 8, 83–95.
- Wamsler, S., & Zoch, G. (2025). Auf und Ab: Die wechselhafte Entwicklung politischen Vertrauens in andauernden Krisenzeiten. Auswertungen des Projekts PEPP-COV zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. *LifBi Forschung kompakt*, 6. <https://doi.org/10.5157/LIFBI:BERICHT:06:PEPP-COV:1.0>.
- Weinhardt, M., Schmelzle, R., Platt, O., & Berner, F. (2025). *Wer gestaltet mit? Mitgliedschaft in Parteien und Bürgerinitiativen in der zweiten Lebenshälfte*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. Online: <https://www.dza.de/detailansicht/mitgliedschaft-in-parteien-und-buergerinitiativen>.
- Westle, B. (2022). 30 Jahre deutsche Einheit: Orientierungen gegenüber der Demokratie in Ost und West – nach wie vor geteiltes Land? In: M. Elff, K. Ackermann & H. Giebler (Hrsg.) *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland: Persistenz, Konvergenz oder Divergenz?* (S. 1–53). Wiesbaden: Springer. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-35171-7\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-35171-7_1).
- Zmerli, S., & Newton, K. (2011). Winners, Losers and Three Types of Trust. In: S. Zmerli & M. Hooghe (Hrsg.) *Political Trust. Why Context Matters* (S. 67–94). Colchester: ECPR Press.
- Zoch, G., & Wamsler, S. (2024). From rally to reality: unveiling long-term dynamics in political trust over two years of COVID-19 in Germany. *Political Research Exchange*, 6(1), 2403438. <https://doi.org/10.1080/2474736X.2024.2403438>.



## **Impressum**

Klasen, L. J., Kelle, N., Büning, M. & Keller, N. (2026). Politisches Vertrauen und wahrgenommene soziale Exklusion in der zweiten Lebenshälfte [DZA Aktuell 01/2026]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. <https://doi.org/10.60922/hw6c-hh79>

ISSN: 2944-1021

Creative Commons CC-BY-Share Alike 4.0

Erschienen im Februar 2026.

DZA Aktuell ist ein Produkt des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA), Berlin. Das DZA wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

[www.dza.de](http://www.dza.de)



